



Wandzeitung #4

Dezember 2009

VERMEHRTE ANWERBEVERSUCHE DURCH DEN VERFASSUNGSSCHUTZ

Der Verfassungsschutz (VS) ist ein Inlandsgeheimdienst, der die „freiheitlich demokratischen Grundrechte“ der Bundesrepublik Deutschland schützen soll. Eine seiner Tätigkeiten ist es, immer wieder zu versuchen, politische AktivistInnen für seine Dienste anzuwerben. Gerade in Regionen, in denen die linke Szene zu wachsen beginnt, ist ein deutlicher Anstieg von sogenannten „Anquatschversuchen“ zu bemerken. Über V-Personen soll versucht werden, Informationen über die örtliche linke Szene, ihre Strukturen und ihre Treffpunkte zu bekommen und Informationsmaterial, z. B. Flyer, Protokolle von Treffen o.ä. zu sammeln.

Im November 2009 wurde innerhalb einer Woche versucht, vier Personen allein in Baden-Württemberg anzuwerben. Die Vorgehensweise ist dabei oft ähnlich: Interessant erscheinende Personen wird entweder an der Arbeitsstelle oder zu Hause aufgelauret und sie werden gezielt mit ihrem Namen angesprochen. Wenn die gewünschte Person nicht angetroffen wird, hinterlassen die „Schlapphüte“ eine Kontaktnummer, mit der Bitte, die Person solle sich doch melden. In manchen Fällen, wie beispielsweise am 3. November 2009 in Freiburg, werden die AktivistInnen auch auf dem privaten Handy angerufen.

Während der VS in der linken Szene überaus aktiv ist, wird die rechtsradikale Szene gleichzeitig in Ruhe gelassen. So konnte in Weil am Rhein ein polizeilich bekannter Neonazi über das Internet und befreundete Nazis chemische Materialien für Sprengstoffbau bestellen und damit experimentieren. Auch nachdem dieser Neonazi nach Hinweisen aus der Antifa-Szene festgenommen werden konnte, hielt der VS es für nicht notwendig, in der Naziszene „aktiv“ zu werden. Anders ist es nicht zu erklären, dass am 9. September 2009 vermutlich Nazis einen Brandanschlag auf Freiburgs Autonomes Zentrum, die KTS, verüben konnten.

Weiterhin auch keine Zusammenarbeit mit staatlichen Repressionsorganen! Rote Hilfe aufbauen!

POLIZEI LÄSST ANTIFASCHISTISCHE KTS-DEMO NICHT LAUFEN



Rund 750 Menschen versuchten am 14. November in Freiburg gegen Nazis und für mehr autonome Freiräume zu demonstrieren. Deeskalationsgespräche im Vorfeld zwischen Stadt, Polizei und Demovorbereitungsgruppe scheiterten, da das Ordnungsamt auf eine Teilnahme an den Gesprächen bestand. Gespräche mit dem Ordnungsamt wären einer Anmeldung der Demo gleichgekommen. Unangemeldete Demonstrationen haben in Freiburg Tradition: Aus Protest gegen das „Versammlungsgesetz“, aus mangelndem Respekt gegenüber staatlicher Arroganz, Ablehnung der

StellvertreterInnenpolitik und nicht-selbstbestimmter Auflagen wurden Demonstrationen in Freiburg in den letzten Jahren nicht angemeldet.

Der kurze „Kontrollverlust“ nach der unangemeldeten Demo am 11. Juli ließ erwarten, dass es mit der Freiburger „Kuschel-Linie“ nun endgültig vorbei sein würde. Damals deeskalierte die Freiburger Polizei, indem sie auf ein Seitenspalier verzichtete. Dennoch waren zahlreiche verummumte und behelmte BFE-Einheiten in den Seitenstraßen. Nach der Auflösung der Demo formierte sich eine Spontandemonstration, in deren Verlauf zwei Schaufensterscheiben beschädigt wurden und eine Polizei-Wanne pink eingefärbt wurde. Auch wenn die Polizei am 11. Juli „deeskalierte“, werden wir nicht vergessen, mit welcher übertriebenen Polizeiaufgebote die Demonstrationen am 13. Dezember 2008, 30. März 2009 und 20. Mai 2009 konfrontiert waren.

Schon Stunden vor dem eigentlichen Demonstrationsbeginn am 14. November wurden linke AktivistInnen von der Polizei kontrolliert und teilweise festgenommen. Auch am Schwabentor fanden umfangreiche Vorkontrollen und vereinzelte Festnahmen statt, Gefangenentransporter standen dort bereit. Anwesende FotojournalistInnen wurden von Polizei und Staatsschutz bei ihrer Arbeit behindert, verfolgt, schikaniert und mit Repressionen bedroht.

Trotzdem gab es unmittelbar vorher noch Gespräche mit der Polizei, die einen guten und friedlichen Verlauf der Demo in Aussicht stellten. Eine Demoroute war zugesagt worden, welche auf direktem Weg vom Schwabentor ins „Grün“ führen sollte.

Nachdem sich gegen 15 Uhr der Demonstrationzug formiert hatte und in Bewegung setzen wollte, wurde er schon nach 5 Metern von der Polizei gestoppt. Abschnittsleiter Harry Hochuli machte darauf aufmerksam, dass die Demonstration nicht laufen werde, wenn Vermummte darin seien. Vor der Demospitze verstärkte sich das Polizeiaufgebot, nach einem Böllerwurf wurden die Helme aufgesetzt. Trotz dieser ersten Konfrontation wurden die Gespräche weitergeführt. Nach einer Stunde warten und mehreren Angriffen auf die erste Reihe und die Seitentranspis wurde der direkte Weg ins „Grün“ zugesagt. Auf Grund von darauffolgenden Böllern wurde dieses Angebot sofort wieder zurückgezogen. Vermummte und behelmte Greiftrupps trennten das „gute“ Demoende von der „bösen“ Demospitze und fingen an, mehrere Menschen einzeln und gewaltsam herauszuziehen. DemonstrationsteilnehmerInnen, PassantInnen und sogar einige StadträtInnen wurden geschlagen, getreten, an den Haaren gezogen und beleidigt. Ein Demonstrant wurde, nachdem er gewürgt worden war, schreiend auf dem Kopf 20 Meter über das Steinpflaster zu einem Einsatzwagen geschleift.

Alle gekesselten DemonstrantInnen wurden fotografiert, durchsucht, bekamen Platzverweise und ihre Personalien wurden in bereitstehenden „Bürowägen“ aufgenommen. Um etwa 20 Uhr waren alle Personen „abgearbeitet“.

Nach der Demo vom 11. Juli 2009 war klar, dass sich die Polizeistrategie wieder ändern würde. Für die nähere Zukunft müssen aber auch wir uns eine neue Strategie überlegen. Das Prinzip der unangemeldeten, aber angekündigten Demonstrationen scheint hier erstmal keine Perspektive mehr zu haben, denn Freiburg stellt jetzt in Sachen „Demonstrationsfreiheit“ keine Ausnahme mehr dar.

Welcome to reality!

Anarchistische Gruppe [:ag] Freiburg

www.ag-freiburg.org | kontakt@ag-freiburg.org



TAUSENDE FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND SIND AKUT VON ABSCHIEBUNG BEDROHT

Deutschland schloss in den letzten Monaten mehrere „Rückübernahmeabkommen“ (u.a. mit Syrien und dem Kosovo), um damit den Weg für Abschiebungen frei zu machen. Die Gefahr von Folter, Ausgrenzung und Pogromen und erheblicher rechtstaatlicher, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme scheint für die deutschen Behörden keine Rolle mehr zu spielen. Die Einschränkung des „Asylrechts“ setzt sich somit weiter fort!

14.000 Menschen – wovon 516 Betroffene in Südbaden leben – sollen in den Kosovo und 7000 nach Syrien abgeschoben werden!

Vom 2. - 4. Dezember 09 fand die Innenministerkonferenz in Bremen statt, bei der auch die auslaufende Altfallregelung auf der Agenda stand. Unter selbige fallen nur Personen, die im Juli 2007 einen Aufenthalt von 6 Jahren (Familien mit Kindern) oder 8 Jahren (Einzelpersonen) nachweisen konnten.

Aufgrund der restriktiven Kriterien, werden nur wenige Geduldete von ihrer Aufenthaltserlaubnis auf Probe profitieren können. Viele werden „geduldet“ bleiben und sind dadurch immer wieder von der Gefahr der Abschiebung bedroht. Kriterien sind beispielsweise

- das selbstständige Erwirtschaften des Lebensunterhalts und
- kein Bezug von öffentlichen Geldern und
- ein dauerhaft bestehendes Beschäftigungsverhältnis und
- sowie der Schulbesuch aller Kinder und
- ausreichende Deutschkenntnisse.

In Zeiten der Finanzkrise und nach jahrelangem Verbot einer Beschäftigung, was eine Duldung mit sich zieht, sind diese Kriterien mehr als fragwürdig.¹ Zusätzlich ist es für viele - aufgrund verschiedener Einschränkungen wie Sprachbarrieren oder Krankheit sowie staatlichen Restriktionen und der schlechten wirtschaftlichen Lage völlig unrealistisch, eine ausreichend bezahlte oder überhaupt Arbeit zu finden.²

Auch der regelmäßige Schulbesuch aller Kinder ist für viele Familien nicht leistbar, dazu ein Beispiel aus Köln:

In Köln gibt es über verschiedene Stadtteile verteilt Romakinder, die bisher entweder noch nie in Regeleinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Horten) waren oder die aus anderen Gründen bisher nicht integriert werden konnten, auch nicht als Schulanfänger. Bei einer Reihe von Kindern ist die Entwicklung stark retardiert: die Feinmotorik ist kaum ausgebildet, Konzentrationsfähigkeit mangelhaft, Sozialverhalten aggressiv, einige sind massiv psychisch gestört oder zeigen Züge von Verwahrlosung, ja teilweise von kriminellen Verhalten.

Ursachen dafür sind die traumatischen Erlebnisse in Bürgerkriegen, durch Vertreibung, Flucht und die jahrelange ghettohafte Unterbringung in maroden Flüchtlingsheimen, Containerlagern und auf Asyl-Schiffen, wo in drangvoller Enge, bei hoher Lärmbelastung und katastrophalen hygienischen Bedingungen die körperliche, seelische und geistige Entwicklung massiv gelitten hat.

Dazu kam, dass die meist sehr jungen Eltern ebenfalls traumatisiert und viele Mütter auf Psychopharmaka angewiesen waren und für ihre meist größere Kinderzahl nicht die notwendigen Erziehungsaufgaben leisten konnten. Elementare Voraussetzungen für den Schulbesuch, wie rechtzeitiges Aufstehen, waren und sind in den meisten Fällen nicht gegeben. Auch heute sind die Familien noch von ständigen Umsetzungen in immer neue Wohnquartiere betroffen und damit potentiell ständigem Schulwechsel ausgesetzt. Manche haben wegen des nicht gesicherten Status prinzipiell Vorbehalte oder Ängste deutschen Institutionen gegenüber.³

Mit einer Duldung zu leben bedeutet für die Betroffenen, dass der Staat, obwohl er sie noch nicht abschieben kann, ihnen eine Aufenthaltserlaubnis sowie elementare Rechte verweigert. Geduldeten – ebenso wie AsylbewerberInnen – wird unter Androhung von Strafe verboten, ihren Landkreis zu verlassen („Residenzpflicht“), sie werden größtenteils in Lagern, die oft weit abgelegen und in sehr schlechtem Zustand sind, untergebracht und müssen alle paar Monate ihre Duldung bei der Ausländerbehörde verlängern lassen. Mit all dem wird den Menschen gesellschaftliche Teilhabe von vornherein verwehrt.²

Ein Bleiberecht darf nicht an Bedingungen geknüpft werden!! Wir fordern ein Aufenthaltsrecht für alle!! Wer bleiben will soll bleiben!!¹

Demonstration gegen die geplanten Abschiebungen:

5. Dezember 2009 | 14 Uhr | Freiburg-Johanneskirche

Infos: www.aktionbleiberecht.de und www.kontrollverlust.blogspot.de

Quellen:

[1] www.aktionbleiberecht.de

[2] imk2009.blogspot.com

[3] www.amaro-kher.de

Die Wandzeitung wird regelmäßig vom Wandzeitungs-Kollektiv in der Anarchistischen Gruppe [:ag] Freiburg herausgebracht. Wir wollen eine Gegenöffentlichkeit zu den bürgerlichen Medien schaffen, indem wir unsere Inhalte an die Wände kleistern. Mail uns deine Beiträge, deine Kritik und dein Feedback!

Mail: wandzeitung@riseup.net

Web-Archiv: www.ag-freiburg.org/wandzeitung

Abschiebungen verhindern. Kapitalismus überwinden!

Demonstration | 5. Dezember 2009 | 13 Uhr | Johanneskirche

Infos: www.aktionbleiberecht.de | www.kontrollverlust.blogspot.de

